

ZU DIESEM HEFT

SCHWERPUNKTE

Burghard Ciesla

Die Kraftprobe – der 17. Juni 1953
Ursachen, Verlauf und Folgen

Ulrich Mählert

Der 17. Juni 1953 – Arbeiteraufstand oder Volkserhebung?

Theo Mechtenberg

Der 17. Juni 1953 im Spiegel der Literatur

Hans-Jochen Tschiche

Zwei verschiedene Paar Schuhe.
Der 17. Juni 1953 und die Bürgerrechtsbewegung in der DDR

Peter Leibenguth-Nordmann

Fünfzig Jahre deutschlandpolitische „Lebenslüge“?
Zum Stellenwert des „17. Juni“ in der westdeutschen Erinnerungskultur und
Geschichtspolitik

Christoph Meyer

Des Gedenkens gedenken

Bernhard Schalthorn

Die getrennte deutsche Vergangenheit zum gemeinsamen Thema machen.
Von Ausstellungen über die DDR vor 1990 zur Präsentation des 17. Juni 1953 als
gesamtdeutsches Thema – ein Praxisbericht der Ost-Akademie Lüneburg

Andreas Wagner

Das Jahr 1953 im regionalen Gedächtnis: Das Beispiel Mecklenburg-Vorpommern

ADB-FORUM

Johannes Schillo

„Dialog der Kulturen“
Hat der zivilgesellschaftliche Diskurs noch eine Chance?

INFORMATIONEN

Meldungen

Aus dem AdB

Personalien

Bücher

Markt

STICHWORTREGISTER

IMPRESSUM

Zwei verschiedene Paar Schuhe

Der 17. Juni 1953 und die Bürgerrechtsbewegung in der DDR

Hans-Jochen Tschiche

Hans-Jochen Tschiche beschreibt die Entwicklung in der DDR und im Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten vor und nach dem 17. Juni 1953. Er geht der Frage nach, ob es eine Kontinuität zwischen dem damaligen Volksaufstand und der späteren Bürgerbewegung in der DDR gegeben habe. Die Hoffnungen auf eine Verbesserung der ökonomischen Lage wurden damals durch die sowjetische Armee ebenso brutal zerstört wie die Hoffnungen auf ein Gesamtdeutschland. Erst 1968 wieder habe man an die Möglichkeit der Reformierbarkeit des real existierenden Sozialismus geglaubt. Die spätere Opposition in der DDR sei eine Minderheit gewesen, die das Land reformieren wollte, ohne den status quo zwischen Ost und West in Frage zu stellen. Im vereinten Deutschland habe sie keine Rolle mehr gespielt.

Die politischen Voraussetzungen in der DDR

Am 17. Juni 2003 jährt sich der Volksaufstand des Jahres 1953 zum 50. Mal. Der 17. Juni war in der DDR ein vergessener Tag. In der ehemaligen Bundesrepublik hatten die Sonntagsredner ihre hohe Zeit. Aber für die normale Bevölkerung war er ein zusätzlicher sommerlicher Feiertag, der die Bäder und die Biergarten füllte, wenn das Wetter es erlaubte. Daher ist es verständlich, dass jene Tage im Juni neu in Erinnerung gerufen werden. Allerdings sollten wir uns nicht verführen lassen, Linien zu 1989 auszuziehen, die es so nie gegeben hat. Dann würde Geschichtsklitterung Pate stehen und der besondere geschichtliche Ort verschwände in plakativen Behauptungen. Die Oppositionellen der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts in der DDR waren mehrheitlich am 17. Juni 1953 Kinder oder noch gar nicht geboren. Es gibt tief greifende Unterschiede zwischen dem Widerstand in der Spätzeit der DDR und dem Volksaufstand der frühen Jahre des ostdeutschen Teilstaates. Es gibt weder biografische Berührungspunkte der Akteure, noch hatten sie die gleichen Zielsetzungen.

Das zarte Pflänzchen der Parteiendemokratie hatte 1946 in der sowjetisch besetzten Ostzone bei den Landtagswahlen gerade noch überlebt. CDU, LDPD und SED traten gesondert zu den Wahlen an. Zwar war die Vereinigung von SPD und KPD unter unglaublichem Druck am 21./22.04.1946 bereits vor dem Wahltag erfolgt, aber die bürgerlichen Parteien konnten noch eigene Listen aufstellen. Am 20. Oktober 1946 fanden die Kreis- und Landtagswahlen statt. In den Landesparlamenten von Mecklenburg, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen erhielten die SED 4 658 483 und die CDU und LDPD zusammen 4 808 121 Stimmen. Nur die Vertreter der an der Wahl beteiligten VdgB (Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe) und des Kulturbundes sicherten der SED die Macht in vier ostdeutschen Landesregierungen.¹ Im fünften ostdeutschen Land, nämlich in Sachsen-Anhalt, gab es sogar einen bürgerlichen Ministerpräsidenten.

Aber der Kalte Krieg, der die Siegermächte spaltete, sollte auch das Nachkriegsdeutschland spalten. Die Sowjetunion war zur Weltmacht aufgerückt und hatte ihren politischen Einfluss bis in die Mitte Europas ausgedehnt. Ihr deutsches Besatzungsgebiet war für sie das westliche Bollwerk des siegreichen sowjetischen Sozialismus gegen den zum Untergang verurteilten Kapitalismus. Aus ihrer Sicht setzte er sich in den Besatzungszonen der westlichen Siegermächte in Deutschland fest. So zogen sich mitten durch Deutschland die Frontlinien des Kalten Krieges. So wie die Westmächte das politische Klima in Westdeutschland prägten, bestimmte das politische Interesse der Sowjets Ostdeutschland. Es war nur folgerichtig, dass 1949 die beiden Teilstaaten entstanden.

Frontlinien mitten durch Deutschland

Die Einbeziehung der DDR in den Ostblock sollte vor allem durch weitere Strukturveränderungen und die Angleichung des politischen und wirtschaftlichen Systems an die neu entstandenen Volksdemokratien in Ostmitteleuropa nach dem Vorbild der Sowjetunion erfolgen. Mit dem bürgerlich-demokratischen und kapitalistischen System sollte endgültig gebrochen werden. Auf der II. Parteikonferenz der SED vom 9. bis 12. Juli 1952 wurde mit der Parole vom „Aufbau des Sozialismus in der DDR“ das Signal für diesen Weg gegeben. *Walter Ulbricht*, Generalsekretär der SED, erklärte unter lang anhaltendem Beifall der Konferenzteilnehmer, das Zentralkomitee der SED schlage vor, „dass in der Deutschen Demokratischen Republik der Sozialismus planmäßig aufgebaut wird“.ii Woher der Wind künftig wehen sollte, machte sein Schlusswort deutlich: „Wir werden siegen, weil uns der große Stalin führt.“iii

Die Umsetzung des sowjetischen Modells

Die SED wurde zur ideologischen Großmacht ausgebaut, die sich anmaßte, die ganze Welt zu erklären. *Louis Fürnberg* textete 1948 die Parteihymne, in der sie wie ein mythologisches Wesen erscheint. Es heißt da: „Die Partei, die Partei, die hat immer Recht, Genossen, es bleibt

Bürgerliche Parteien wurden Claqueure der SED

dabei, denn wer für das Recht kämpft, hat immer Recht gegen Lüge und Heuchelei.“ Damit wurden die ehemaligen bürgerlichen Parteien ausschließlich zu Claqueuren für die Heilslehre der SED. Zugleich wurde die Sozialisierung in der Wirtschaft und in der Landwirtschaft vorangetrieben. Die Massenflucht aus dem

Arbeiter- und Bauernstaat, wie die Herrschenden das sowjetische Protektorat nannten, schwoll an. Die ideologische Gleichschaltung und der wirtschaftliche Umbau wurden öffentlich als Portal zum kommunistischen Paradies gepriesen. Die Kirchenverfolgung begann. Pastoren wurden verhaftet. Freizeitheime der Jugendarbeit wurden enteignet. Die Junge Gemeinde galt als Organisation des Klassenfeindes. Diakonische Einrichtungen wurden vom Staat übernommen. Die Länder wurden aufgelöst. Kurz und gut, die SED versuchte mit allen Mitteln, das sowjetische System nachzubauen. Wer sich widersetzte, verschwand

Wer sich widersetzte, verschwand spurlos

spurlos. Von Rechtsstaatlichkeit konnte noch nicht einmal in Ansätzen die Rede sein. Zwar war am 18./19.03.1949 auf der Tagung des so genannten deutschen Volksrates die Verfassung der

Deutschen Demokratischen Republik verabschiedet worden, die Demokratie und Freiheitsrechte der Bevölkerung zusicherte. Aber sie war nicht das Papier wert, auf dem sie gedruckt wurde. Die Wahrung der Macht der Partioberen war allem anderen nachgeordnet. Demokratischen Zentralismus nannte man die Herrschaft der Oligarchen.

Gleichzeitig waren die Verantwortlichen bemüht, die desolate Wirtschaftslage als Folge der Kriegszerstörungen und der Reparationsleistungen an die Sowjetunion zu verbessern. Der volkseigene Sektor in Industrie, Landwirtschaft, Verkehr, Handel und Finanzen sollte

entscheidend weiterentwickelt werden. Trotz vieler Versprechungen war der Lebensstandard außerordentlich gering. Während in Westdeutschland das Wirtschaftswunder an Fahrt gewann, gehörte im Osten die Mangelwirtschaft zur täglichen Erfahrung. Fett, Fleisch und Zucker waren 1952/53 immer noch rationiert. Deshalb musste unbedingt die Arbeitsproduktivität gesteigert werden. Die rücksichtslose Umsetzung des sowjetischen Modells in Ostdeutschland ließ die permanente Unzufriedenheit in der Bevölkerung weiter wachsen.

**Mangelwirtschaft
war tägliche
Erfahrung.**

Der neue Kurs

Am 5. März 1953 starb *Stalin*. Die führenden Genossen waren schockiert. Sie wussten nicht, wie es weiter gehen würde. Sie gelobten zunächst, dass sie *Stalins* Vermächtnis in der DDR fortsetzen wollten. *Ulbricht* schrieb: „Der größte Mensch unserer Epoche ist dahingeshieden.“^v Aber die neue Führung in Moskau verlangte eine Änderung der Politik in der DDR. Der forcierte Sozialisierungskurs sollte aufhören und der Umgang mit dem Klassenfeind und den westlichen Mächten sollte flexibler werden. Darum beschloss das Politbüro des Zentralkomitees der SED am 9. Juni 1953 einen neuen Kurs. Im Text der Verlautbarung hieß es: „Das Politbüro des ZK der SED ging davon aus, dass seitens der SED und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in der Vergangenheit eine Reihe von Fehlern begangen wurden, die ihren Ausdruck in Verordnungen und Anordnungen gefunden haben, wie z.B. die Verordnung über die Neuregelung der Lebensmittelkarten der Bevölkerung, über die Übernahme devastierter landwirtschaftlicher Betriebe, in außerordentlichen Maßnahmen der Erfassung, in verschärften Methoden der Steuererhebung usw. Die Interessen solcher Bevölkerungsteile wie der Einzelbauern, der Einzelhändler, der Intelligenz wurden vernachlässigt. Bei der Durchführung der erwähnten Verordnungen und Anordnungen sind außerdem ernste Fehler in den Bezirken, Kreisen und Orten begangen worden. Eine Folge war, dass zahlreiche Personen die Republik verlassen haben.“^v Die erstaunte Bevölkerung rieb sich die Augen. Am 11. Juni erklärte die Regierung, sie wolle alles besser machen. Keine Zwangsmaßnahmen mehr gegen Selbstständige und Intelligenz, Steigerung der Konsumgüterproduktion, Bemühungen um die Annäherung der beiden deutschen Staaten. Neuer Kurs auf der ganzen Linie, nur der Arbeiterschaft wurden keine Zugeständnisse gemacht. Die 10%ige Normerhöhung in Industrie und Bauwesen wurde nicht zurückgenommen. Noch am 16. Juni verteidigte die Gewerkschaftszeitung „Tribüne“ dieses Vorhaben als richtig. Das war das auslösende Moment für den Streik der Bauarbeiter in der Berliner Stalinallee.

**Der Arbeiterschaft
wurden keine
Zugeständnisse gemacht.**

Von der Arbeiterschaft ging der Aufruhr aus und breitete sich in den industriellen Zentren aus. Daraus entwickelte sich am 17. Juni 1953 der Volksaufstand in der gesamten DDR, in dessen Verlauf es zu Streiks und Demonstrationen an mehr als 500 Orten in der DDR kam. Dieser Aufstand war nicht von langer Hand geplant. Er entwickelte sich spontan und stellte zuerst wirtschaftliche Forderungen der Arbeiter auf.

Vertiefung der Spaltung Deutschlands

Die Spaltung Deutschlands deutete sich schon seit 1946 an. Aber sie wurde nicht als lang wirkende Folge des zweiten Weltkrieges erkannt. Die Hoffnung auf die Einheit Deutschlands

erschien immer noch als realer Traum. Die Teilung des Landes hielten viele in Ost und West für eine vorübergehende Panne, aber nicht für ein geschichtliches Faktum. Noch war die Grenze in Berlin offen. Aber der 17. Juni zeigte, wohin die Geschichte laufen sollte. Als die

Die westlichen Alliierten garantierten der Sowjetunion ihren Machtbereich

SED die Kontrolle über ihr Herrschaftsgebiet verlor, fuhren die sowjetischen Panzer auf. Sie sicherten an Stelle der machtlosen Bonzen in Ostdeutschland das sowjetische Imperium. Der Ausnahmezustand wurde ausgerufen, es kam zu Standgerichten und Erschießungen. Tausende wurden eingesperrt. Die westlichen Alliierten hielten still, so wie später 1956 in Ungarn. Sie garantierten der Sowjetunion ihren Machtbereich. Für die Freiheit der Ostdeutschen und der übrigen sowjetischen Satellitenstaaten ließen sie die Worte und nicht die Waffen sprechen. Um der Menschenrechte Willen wollte der Westen kein atomares Inferno riskieren. Die Sowjetunion war auf dem Höhepunkt ihrer Macht.

Aber noch hatte die DDR eine offene Grenze nach Westberlin. Der desolate wirtschaftliche Zustand des Landes und das ideologische Trommelfeuer veranlassten viele Bürgerinnen und Bürger, dem Staat den Rücken zu kehren. Von 1949 bis 1961 gingen 2 686 942 Menschen in den Westen^{vi}. Die Reste der bürgerlichen Eliten waren auf der Flucht, gut Ausgebildete suchten im anderen Teil Deutschlands eine Chance. Im Frühjahr 1960 zwang das Regime die Bauern in die Kollektivierung. Der Staat drohte zu kollabieren. Es musste etwas geschehen. Bei vielen Menschen in der DDR entstand im Sommer 1961 der Eindruck, dass das letzte

Das letzte Schlupfloch wurde geschlossen

Schlupfloch zum Westen in Berlin geschlossen werden könnte. Am 15. Juni danach gefragt, erklärte *Ulbricht*, offensichtlich wünsche der Klassenfeind, dass die Bauarbeiter der Hauptstadt der DDR eine Mauer aufrichten sollten. „Die Bauarbeiter unserer Hauptstadt beschäftigen sich hauptsächlich mit Wohnungsbau und ihre Arbeitskraft wird dafür voll eingesetzt. Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu bauen.“^{vii} Am 13. August war es dann soweit. *Ulbricht* hatte gelogen und die Mauer wurde gebaut. Der Traum einer sozial gerechten Welt war für alle Augen sichtbar zu einem großen Internierungslager verkommen.

Und doch machte sich in der Bevölkerung eine gewisse Erleichterung breit. Die permanente Unruhe, der Verlust hochqualifizierter Fachkräfte waren gestoppt. Viele hofften, dass die zu erwartende äußere Stabilisierung auch eine innenpolitische Entkrampfung bringen würde. Die wüste Rechtlosigkeit der frühen Jahre war zu Ende. Das System wurde berechenbarer und die Bevölkerung richtete sich darauf ein. Die DDR blieb zwar ein ideologischer Tendenzbetrieb, wer sich aber öffentlich anpasste, konnte relativ unbehelligt in seiner privaten Nische seinen Interessen leben. Die blanke Angst beherrschte nicht ihren Alltag.

Von der Revolution zum sozialistischen Biedermeier

So wurde aus der Flamme der Revolution, aus dem Aufbegehren gegen das Unrecht dieser Welt ein graues Einerlei, das von Spießern beherrscht wurde. Längst waren die Revolutionäre von einst zu zynischen Machthabern geworden. Sie mutierten zu ängstlichen und heimtückischen Duckmäusern. Sozialistischer Biedermeier nannte *Kurt Bartsch* die kuschelige Ecke, in der die Träger der Macht, ihre Hörigen und die Gehorchenden sich eingerichtet hatten.

Ein graues, von Spießern beherrschtes Einerlei

„Zwischen Wand- und Widersprüchen machen sie es sich bequem.
Links ein Sofa, rechts ein Sofa, in der Mitte ein Emblem.
Auf der Lippe ein paar Thesen, Teppiche auch auf dem Klo.

Früher häufig Marx gelesen. Aber jetzt auch so schon froh.
 Denn das „Kapital“ trägt Zinsen: Eigenes Auto. Außen rot.
 Einmal in der Woche Linsen. Dafür Sekt zum Abendbrot.
 Und sich noch betroffen fühlen von Kritik und Ironie.
 Immer eine Schippe ziehen, doch zur Schippe greifen nie.
 Immer glauben, nur nicht denken und das Mäntelchen im Wind.
 Wozu noch den Kopf verrenken, wenn wir für den Frieden sind?
 Brüder, seht die rote Fahne hängt bei uns zur Küche raus.
 Außen Sonne, innen Sahne – nun sieht Marx wie Moritz aus.^{„viii}

Unter diesen Bedingungen wächst keine weltoffene, kritische, demokratische Gesellschaft und mündige Bürgerinnen und Bürger werden eher als Störenfriede, denn als Lebenspendende Kraftzentren angesehen. Die Mächtigen und die Ohnmächtigen einte ein Wunsch, sie wollten in Ruhe gelassen werden.

Zerstörte Hoffnung im Prager Frühling Zwischenzeitlich keimte immer wieder Hoffnung auf, eigentlich gegen alle Erfahrungen, dass ein lebendiges Gemeinwesen entstehen könnte. 1968 war eine solche Station. Viele blickten voller Erwartung auf den Prager Frühling. Freiheitsrechte und soziale Gerechtigkeit sollten gemeinsam das gesellschaftliche Leben bestimmen. Ein Ziel wuchs aus der eigenen linken Tradition. Für einen Augenblick schien es so, dass nicht erst der siegreiche Kapitalismus Veränderungen herbeiführen würde. Manche glaubten, der real existierende Sozialismus der Bürokraten und Spießer sei reformierbar. Aber noch einmal schickte die Sowjetunion ihre Panzer. Sie zermalmt Menschen und Hoffnungen.

Die Geburtsstunde der Bürgerbewegungen

Und doch war der Truppenaufmarsch zugleich die Geburtsstunde der Bürgerbewegungen in den sowjetischen Satellitenstaaten. Es waren nicht die Massen, die jetzt aufstanden. Nicht das Volk erhob sich wie 1953 in der DDR oder 1956 in Ungarn. Nicht Reformkommunisten widersprachen gemeinsam mit dem Volk der sowjetischen Hegemonie wie 1968 in der Tschechoslowakei. Es waren winzige Gruppen, in der Regel Intellektuelle, gesellschaftlich isoliert und verfolgt, die ängstlich und unerschrocken zugleich den Mächtigen widersprachen. Die Väter der Solidarność und der Charta 77 waren die geistigen Väter und Mütter der DDR-Opposition in den 80er Jahren.

Nach 1968 verwandelte sich die politische Großwetterlage in Europa. Im Oktober 1969 bildete sich in Bonn eine sozialliberale Regierung unter *Willy Brandt*. Er redete in seiner Regierungserklärung von zwei Staaten in Deutschland, die füreinander nicht Ausland sind, aber die eines gerechten Miteinanders bedürfen. Auf dem Boden Deutschlands in den Grenzen von 1970 sei die Nation in zwei Staaten und das besondere Besatzungsgebiet Berlin gegliedert, erklärte die Bundesregierung im Januar jenes Jahres. Das Ministerium für

Wandel durch Annäherung

gesamtdeutsche Fragen wurde in ein Ministerium für innerdeutsche Beziehungen umbenannt. Es begann die berühmte Politik des Wandels durch Annäherung, deren Architekten *Egon Bahr* und *Willy Brandt* waren. *Brandt* traf sich mit *Willy Stoph* in Erfurt. Die Bundesregierung bemühte sich, von den Nato-Partnern unterstützt und von der Opposition im eigenen Lande heftig beföhdet, um die Entspannung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Ostblock. Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) und ihre Schlussakte (1975) sorgten für Entspannung zwischen beiden Machtblöcken und zur offiziellen Anerkennung von Menschenrechten durch den Ostblock.

In der DDR hatte in dieser Zeit ebenfalls ein Machtwechsel stattgefunden. Im Mai 1971 trat *Walter Ulbricht* nicht ganz freiwillig zurück. *Erich Honecker* wurde sein Nachfolger. Mit ihm verband sich die Hoffnung, dass durch eine verbesserte Sozial- und Wirtschaftspolitik und eine liberalere Haltung gegenüber den Künstlern und Intellektuellen die Kluft zwischen der Bevölkerung und der Führung überbrückt werden könnte. Der später einsetzende KSZE-Prozess verstärkte noch diese Erwartungen. Aber auch der neue Machthaber verfiel bald der illusionären und doktrinären Politik des real existierenden Sozialismus. 1976 gab es einen gewaltigen Krach mit den Literaten. *Wolf Biermann* war ausgewiesen worden. Der Staat reagierte hektisch und nervös. Eine der berüchtigten Eiszeiten im kulturellen Leben brach aus. Und die wirtschaftliche Lage blieb bejammernswert. Devisen waren Mangelware. Was nicht niet- und nagelfest war, wurde zu Westgeld gemacht. Sogar alte Pflasterungen wurden verkauft. Der Volksmund dichtete: „Ach wär ich doch ein Pflasterstein, dann könnt ich schon im Westen sein.“

Hoffnungen auf den Machtwechsel in der DDR

Trotz aller Entspannungen wurde weiter gerüstet. Als in den 80er Jahren die atomare Aufrüstungsspirale sich erneut drehte, entstand im Westen eine mächtige Friedensbewegung.

Oppositionelle unter den Dächern der Kirche

Auch in der DDR regte sich Widerspruch. Unter den Dächern der Kirche sammelten sich Oppositionelle. Sie waren eine verschwindende Minderheit. Die Staatssicherheit redete von etwa 3000 bis 5000 Leuten bei 16 Mio. Einwohnern. Sie wollten den atomaren Rüstungswahn beider Großmächte stoppen. Im Lande stritten sie für Emanzipation, Ökologie und Menschenrechte. Es war kein spontaner Aufstand, der sich hier Luft verschaffte. Eine Minderheit brach das öffentliche Schweigen zu den Problemen der sozialistischen Welt. Sie wollten das Land reformieren und rechneten mit einem längeren Zeitraum. Die Abschaffung der DDR war nicht ihr Thema, nicht aus Opportunität, sondern aus Überzeugung. Erst nach dem Ende der DDR wurde sichtbar, dass die politischen Ziele der Oppositionellen sehr unterschiedlich waren.

Ich jedenfalls war ein linker Überzeugungstäter und habe für eine reformierte DDR gefochten. Wer an ihrem Bestand rüttelte, gefährdete den Frieden. Davon war nicht nur ich überzeugt. Die Teilung Europas schien uns nicht aufhebbar und die Vereinigung der beiden deutschen Teilstaaten unmöglich. Wir meinten, wer Frieden und Entspannung wollte, durfte nicht am Status quo rütteln.

Wir ahnten nicht, dass in Europa die Nachkriegsgeschichte zu Ende gegangen war. Als sich

Die Nachkriegsgeschichte war zu Ende

im Oktober 1989 die Demonstrationen in der DDR in Bewegung setzten, glaubten die Oppositionellen, dass sie die Sprecher des Volkes seien. „Keine Gewalt und Reformen!“ riefen sie und die Massen jubelten ihnen zu. Als die rat- und kopflosen Mächtigen der DDR die Mauern öffneten, merkte die Opposition plötzlich, dass das Volk einem anderen Traum anhing. Es rief nicht mehr: „Wir sind das Volk!“, sondern sie schriegen: „Wir sind ein Volk!“ Die Menschen in der DDR wollten den westlichen Wohlfahrtsstaat und das sofort. Dieser hastige Aufbruch in die westliche Welt hat lange nicht alle Wünsche erfüllt und zu vielen Enttäuschungen geführt. Aber bei diesen Ereignissen spielte die DDR-Opposition schon keine Rolle mehr. Sie ist ein Relikt der vergangenen Nachkriegszeit. Sie war eine der Ursachen, die das Tor in ein anderes Europa öffneten. Im vereinten Deutschland hat sie keine Rolle mehr gespielt.



Hans-Jochen Tschiche, evangelischer Theologe, arbeitete zuletzt als Leiter der Evangelischen Akademie Magdeburg. Er war Mitbegründer des Neuen Forums, Abgeordneter der Volkskammer und Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen im Landtag von Sachsen-Anhalt.

ⁱ *Hermann Weber*: Kleine Geschichte der DDR. Edition Deutschlandarchiv 1980, S.37

ⁱⁱ Protokoll der II: Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 9. – 12. Juli 1952 in Berlin. Berlin (Ost) 1952, S.58

ⁱⁱⁱ Ebenda S.154

^{iv} *Einheit*, 8.Jahrgang, Sonderheft März 1953, S.358

^v Beschluss der Politbüros des ZK der SED vom 9.6.1953, zitiert bei *Hermann Weber* a.a.O., S.68

^{vi} *Hermann Weber* a.a.O., S. 103

^{vii} *Hermann Weber* a.a.O., S. 103

^{viii} *Kurt Bartsch*: Sozialistischer Biedermeier; In: *Zwiebelmarkt – Komisches und Satirisches aus drei Jahrzehnten – Gedichte*; Eulenspiegel Verlag 1978, S. 232